



Krachende Niederlage für Trump

Der Supreme Court hält die Strafzölle des US-Präsidenten für rechtswidrig

ANDRÉ MÜLLER, NEW YORK

Der Oberste Gerichtshof der USA hat am Freitag die Trump-Regierung in einem vielbeachteten Urteil in die Schranken gewiesen. Der Supreme Court hat entschieden, dass sich das Weisse Haus nicht auf ein altes Notstandsgesetz berufen durfte, um seine «reziproken» Zölle gegen fast alle Handelspartner einzuführen. Auch andere Zölle gegen Mexiko, Kanada und China waren gemäss dem Urteil illegal.

Der Supreme Court bestätigt damit Urteile der Vorinstanzen und gibt den KMU und mehreren demokratisch regierten Staaten recht, die gegen die Zölle geklagt hatten. Das Gericht hält fest, dass die Kompetenz zur Erhebung von Zöllen beim Kongress liegt.

Auch Konservative dagegen

Das Notstandsgesetz, die International Emergency Economic Powers Act (IEEPA) von 1977, auf das sich Trump gestützt hatte, genügt diesen Ansprüchen nicht: Das Wort «Zölle» kommt darin nicht vor. Der Gerichtshof fällte sein Urteil in einem Stimmverhältnis von 6 zu 3. Auch 3 der 6 konservativen Richter wiesen Trumps Argumente zurück.

Für Donald Trump ist das Urteil eine empfindliche Niederlage – rund zwei Dritteln seiner Zölle wurde die Basis entzogen. Die amerikanische Regierung dürfte ihre aggressive Handelsstrategie zwar vorerst fortsetzen, muss aber mit relevanten Einschränkungen umgehen.

Trump begann eine Pressekonferenz am Freitagabend Schweizer Zeit mit den Worten, die für das Urteil verantwortlichen Richter seien «eine Schande für unser Land». «Es beschämt mich, dass gewisse Richter nicht das getan haben, was das Richtige war für unser Land.» Im Ausland tanze man wegen des Urteils auf den Strassen, sagte Trump, «aber sie werden nicht lange tanzen». Doch, ergänzte

Trump, er werde ein «guter Junge» sein und sich an das Urteil halten. Man habe andere Alternativen, fügte der amerikanische Präsident an, um weiterhin «Hundert Milliarden Dollar» einzunehmen.

Die Folgen des Urteils sind beträchtlich, und sie betreffen drei Ebenen: Erstens fehlt Trump nun ein wichtiges Instrument, um andere Länder im Handelsstreit unter Druck zu setzen. Vertreter seiner Regierung haben aber in den vergangenen Monaten regelmässig betont, dass der Präsident auf andere Gesetze zurückgreifen könne, um Zölle einzuführen.

Die sektorspezifischen Einfuhrzölle auf Stahl, Aluminium und zahlreiche andere Güter sind vom Urteil nicht betroffen. Allerdings bieten diese anderen Rechtsgrundlagen der Regierung deutlich weniger Spielraum als das Notstandsgesetz IEEPA. Entweder müsste Trumps

Handelsbeauftragter zunächst aufwendige Untersuchungen durchführen, bevor weitere Zölle verhängt werden könnten, oder aber die Höhe und die zeitliche Dauer der Einfuhrabgaben müssten beschränkt sein.

Trump's Drohkulisse schrumpft also. Dass die Handelspartner deswegen die ungleichen Zollabkommen, die sie mit den USA in den vergangenen Monaten geschlossen haben, brechen oder aussetzen werden, ist dennoch nicht zu erwarten. Das gilt auch für die Schweiz, die bisher erst eine vorläufige Vereinbarung mit den USA abgeschlossen hat und in den bevorstehenden Wochen ein definitives Abkommen aushandeln will. Bundespräsident und Wirtschaftsminister Guy Parmelin, der die Verhandlungen auf Schweizer Seite führt, hat regelmässig betont, dass sich für die Schweiz mit dem Urteil nichts Grundlegendes ändere. Aus Bern ist zu vernehmen, dass der Bundesrat durchaus damit gerechnet hat, dass das Zoll-Urteil nachteilig für die Trump-Regierung ausfällt. Man erwartet aber

auch, dass die USA sehr schnell eine neue Rechtsgrundlage vorlegen werden, damit sie weiterhin Zölle erheben können.

«Der Rechtsstaat in den USA funktioniert», sagt Rahul Sahgal, Chef der Schweizerisch-Amerikanischen Handelskammer. Die 6:3-Entscheidung war relativ klar. Die obersten Richter wussten, was auf dem Spiel stand.» Und doch könnten die Handelspartner in weiteren Verhandlungen zunehmend versucht sein, auf Zeit zu spielen und auf ihre guten Beziehungen im Kongress zu setzen, der in Handelsfragen das letzte Wort hat.

Im Parlament trifft Trumps Zollstrategie auf wenig Gegenliebe. Das Repräsentantenhaus hat sich unlängst in einem symbolischen Votum gegen Trumps Zölle gegen Kanada ausgesprochen.

Zweitens wird sich mit dem Urteil das Budgetdefizit der USA weiter vergrössern. Die Regierung dürfte dank den Zusatzzöllen gemäss Schätzungen bisher 175 Milliarden Dollar eingenommen haben. Dieses Geld können die Importeure nun zurückfordern – allerdings müssen sie das von sich aus tun. Zahlreiche Unternehmen haben bereits entsprechende Klagen eingereicht.

Dem Staat entgehen Milliarden

Noch wichtiger sind die längerfristigen Auswirkungen auf den amerikanischen Staatshaushalt. Trump hat die Zolleinnahmen fest eingerechnet und sie zur Finanzierung von allen möglichen Ausgaben nutzen wollen: Einmal wollte er damit die Steuersenkungen aus seiner «Big Beautiful Bill» vom Sommer 2025 gegenfinanzieren, ein anderes Mal Sonderzahlungen für Soldaten oder Subventionen für Sojabauern. Jetzt fehlen dem Präsidenten gemäss Schätzungen der Tax Foundation, einer unabhängigen Denkfabrik, jährlich 150 Milliarden Dollar an Einnahmen.

Das Urteil ist, drittens, auch aus



staatspolitischer Perspektive wichtig. Trump hat in seiner zweiten Amtszeit die Grenzen der Macht der Exekutive ausgelotet und das Parlament in vielen Fällen an die Seite gespielt. Jetzt hat ihm der Supreme Court zum ersten Mal klare Grenzen aufgezeigt.

Zuvor hatte er Trump kaum Steine in

den Weg gelegt, als der Präsident mehrere Bundesbehörden weggespart und nominell unabhängige Aufseher entlassen hatte. Eine schleichende Machtverschiebung von der Legislative zur Exekutive – die in den USA lange vor Trump eingesetzt hatte – wurde durch die Judikative nun zumindest zeitweise gestoppt.

Der Supreme Court hielt fest, dass die «Major Questions»-Doktrin weiterhin Bedeutung hat: Will der Präsident in wesentlichen Fragen, welche die Verfassung eigentlich dem Machtbereich des Kongresses zuordnet, selbst Entscheide fällen, braucht er dafür eine explizite Anordnung des Parlaments.



Die Antwort des Präsidenten auf das Verdikt lautet: Er werde ein «guter Junge» sein und sich an das Urteil halten. TIL BUERGY / KEYSTONE

Amerikas Demokratie funktioniert

Kommentar auf Seite 29